



*Ein Vorschlag
zum Umgang
mit dem Iran*

Fritz W. Peter

Inhalt:

- 1. Iranische Kreuzzügler** S. 3-5
- 2. Fragen an Josef Joffe** S. 5/6
- 3. Anbahnung einer iranischen Tragödie** S. 6/7
- 4. Fazit: Handeln und Verhandeln** S. 8
- 5. Verhandlungsvorschlag** S. 9/10

Anhang:

- 6. Wiedergabe des Beitrags:** S. 11/12
„A New Strategy on Iran“ (v. Dennis Ross)
- 7. Wiedergabe des Beitrags:** S. 13/15
„An Iranian Life“ (v. Michael Slackman)

Ergänzende Ausführungen zum Iran-Thema enthalten folgende meiner Texte:

Thesen zur Ausrichtung des Krisenmanagements im Iran-Konflikt, 5/06
www.wadinet.de/news/dokus/170_Iran_Thesen-zur-Verhandlungsfuehrung.pdf

Iran-Sanktionen – nur eine virtuelle Realität?, 2/06
www.wadinet.de/news/dokus/127_Sanktionen-nicht-nur-virtuelle-Realitaet.pdf

Iran: Programmierter head crash! Mit Kalkül vor die Wand, 2/06
www.wadinet.de/news/dokus/124_Mit-Kalkuel-vor-die-Wand--Teheran.pdf

Ende der Flegeljahre in der deutschen Politik, 10/05
www.wadinet.de/news/dokus/Ende-der-Flegeljahre.pdf

Iranische Kreuzzügler

Fritz W. Peter, 1.5.06

Der Gottesstaat glaubt sich *nur mit der Bombe* selbstverwirklichen zu können. Es ist das Projekt, für das die Regierung und der ihr übergeordnete „Wächterrat“ (die sehr weltlich ambitionierte Geistlichkeit) alles auf eine Karte setzen.

Die Selbstgeburt als Atommacht sieht man als das Tor zur Zukunft des Iran als geistlich-politische (regionale) Vormacht. In dieser Projektion ist sich das Bündnis der strukturkonservativen islamischen Geistlichkeit und der aktionsbereiten islamistischen „Revolutionsführer“ und „Revolutionsgardisten“ einig und eng verbunden.

Der Status einer Atommacht wird nicht bereits das *Ziel aller Wünsche* Teherans sein, er wird aber als *das Mittel zur Erreichung aller politischen Wünsche* angesehen.

Der Geburt eines Monsters muss man nicht unbedingt zuschauen. Viele würden jedoch lieber dies tun, als jemals handelnd für etwas einzustehen. Sie würden auf jeden Fall abraten, etwas zu tun, es sei denn, die Medizin wäre für niemanden bitter. Dies geschieht gewöhnlich in der Einschätzung, dass westliche Öffentlichkeiten bittere Pillen nicht schlucken.

Drohungen zeigen bei westlichen Öffentlichkeiten und Regierungen oft mehr Wirkung als es, in umgekehrter Richtung, die Appelle und Mahnungen der internationalen Gemeinschaft an die Adresse einer fanatisierten Regierung (s. Teheran) und einer geschlossenen Gesellschaft (s. Iran) tun. Die Verfechter des Gottesstaats kennen nur eine Autorität – und jedenfalls nicht diejenige des Dialogs und Kompromisses.

Irans Regierung (als Messdiener der Geistlichkeit, aber ebenso auch aus eigenem Sendungsbewusstsein) hat sich ihrer offenbar wichtigsten Aspiration und zentralen Glaubensbotschaft ganz hingeeben – dem Macht- und Prestigegewinn des Iran durch Selbstverwirklichung als Atommacht. Dies geschieht durch künstliches Aufpeppeln einer Inseltechnologie (der Kerntechnik – und begleitend auch der Raketentechnologie) inmitten einer rückständigen Volkswirtschaft und Gesellschaft.

Irans Präsident Ahmadinedschad befeuert im Rausch der Macht täglich die Phantasie der Weltöffentlichkeit und der bedauernswerten Zuhörerschaft im eigenen Land. Die Geistlichkeit steht nicht zurück und erklärt in eher rüstiger als religiöser Tonlage, dass jeder Angriff auf den Iran mit doppelter Wucht beantwortet werde.

(1.) der Macht im Lande, (2.) der Atommacht in Händen des Staates und (3.) der Allmacht der Autoritäten im Gottes- und Revolutionsstaat – der Trinität dieser drei Götzen sind die geistliche Führung und die herbeigewählte Regierung ganz und gar ergeben und verschrieben. Die diplomatischen Bemühungen (a) der drei europäischen Verhandlungspartner, (b) der Atomenergiebehörde und (c) des UN-Sicherheitsrats haben dies bisher nicht ändern, sondern durch Wirkungslosigkeit dieser Bemühungen nur unterstreichen können. Dennoch sollte und muss selbstverständlich jedes diplomatische Mittel ausgeschöpft werden.

Die iranische Führung hat sich festgelegt. Sie verfolgt ihren Atomkurs seit mehr als zwei Jahrzehnten und in den letzten Jahren mit erhöhter Zielstrebigkeit bei allen erforderlichen Technologien und Teilschritten des Prozesses. Mit höchstem Nachdruck der Politik wird an restlichen technischen Problemen gearbeitet. Nachdem im Juni 2005 (als Ergebnis von Manipulationen des „Wächterrats“ während der Vorwahlphase) eine Regierung gegen die Reformhoffnungen in breiten Teilen der Bevölkerung durchgesetzt worden war, wurde nicht mehr nur das gesamte technische Programm akzeleriert, sondern das ganze Land auf Atomkurs gebracht. Es ist nun eine Sache der nationalen Ehre und religiösen Pflichterfüllung für jeden Iraner, so propagieren es die Verantwortlichen, sich hinter die Atompolitik der Führung zu stellen.

Diese Determiniertheit des Prozesses und der Auffassungen der iranischen Führung führt manchen resignierenden Beobachter dazu, die Bedeutung und Gefahr einer umfassenden Verfügbarkeit der Atomtechnik in den Händen der iranischen Führung herunter zu spielen, zu „rationalisieren“ und zu relativieren. Der Westen solle sich an George F. Kennan halten und einem Konzept der „Eindämmung“ folgen, empfahl Josef Joffe in einem Aufmacher-Beitrag in: DIE ZEIT v. 27.4.06: *„Die Aufgabe ist so schwierig nicht. Berlin, Paris und Washington stehen heute viel enger zusammen als vor drei, vier Jahren. Russland trägt auf beiden Schultern, hat aber den Schulterchluss mit dem Westen ebenso wenig ausgeschlossen wie China. Die Araber mögen die Amerikaner hassen, aber noch mehr fürchten sie die Revolutionäre in Teheran.“* Joffe müsste wissen, dass eine Politik der Eindämmung *mehr voraussetzt als ein paar vage Interessensparallelen* aufseiten der „eindämmenden“ Länder. [1]

Auch in folgender Aussage übt sich Joffe in Optimismus: *„Eindämmung“*, erläutert er seiner Leserschaft, schließe *„Abschreckung“* ein, also *„die glaubhafte Drohung, auf einen Angriff mit Härte zu reagieren. Ahmadineschad mag davon faseln, Tel Aviv mit einer Bombe auszulöschen; aber die Rücksendung würde aus 200 israelischen Bomben bestehen, von den 3500 amerikanischen gar nicht erst zu reden. Abschreckung ist das Stoppschild, das auch Gotteskrieger nicht überfahren.“* Verdient soviel „Optimismus“ nicht eher die Bezeichnung Vabanque-Spiel, wäre meine Frage an Josef Joffe?

Joffe hat zwar mit Teilen seiner Ausführungen recht, in den beiden hier zitierten Beurteilungen wird er sich aber die Anmerkung von Dennis Ross in der *Washington Post* v. 1.5.06 vorhalten lassen müssen: „An die Adresse jener, die der Meinung sind, dass die Abschreckungsregeln aus der Zeit des Kalten Kriegs auch auf den Mittleren Osten übertragbar sind: Seid nicht so vertrauensselig! Zum einen wird die mögliche Zahl der Atommächte [dem Iran könnten z.B. aus Gründen der Rivalität Saudi Arabien – mit der Hilfe Pakistans – sowie Ägypten folgen usw.] das Potenzial für Fehlkalkulationen hochschrauben, zum anderen wird man sich angesichts eines iranischen Präsidenten, der sich als Wegbereiter der Wiederkehr des 12. Imams sieht (der Wiederkehr geht der Glaubenslehre nach eine Art Armageddon voraus), nicht mit dem Gedanken beruhigen dürfen, dass Iran [letztlich] verantwortlich handeln wird.“ – Der Beitrag von Dennis Ross ist in ganzer Länge im Anhang zu dieser Arbeit wiedergegeben.

Zwei Fragen wird sich Josef Joffe noch deutlicher stellen müssen – und unsere Öffentlichkeit mit ihm:

Erste Frage:

Ist es zumutbar, dass der Staat Israel und seine Bevölkerung durch eine iranische atomare Erstschlagfähigkeit bedroht werden darf – ein nur kleiner Staat, der infolge der Verstrahlung durch eine einzige Bombe unbewohnbar werden kann, dessen Existenzrecht von großen Teilen seines feindlichen Umfelds nicht anerkannt wird und der, 1967, durch Überfall vonseiten seiner Nachbarn vor der Vernichtung stand (nur die eigene Wehrhaftigkeit, Willenstärke und Effizienz, im Klartext: *politischer Realismus*, bewahrte Israel vor seiner – ich gebrauche das Wort bewusst – *Ausmerzung*). Ist es einem Volk zumutbar, das erst vor einem Menschenalter durch eine vom Wahn besessene deutsche nationalsozialistische Politik auf dem europäischen Kontinent zur Schlachtbank geführt wurde, zu jeder Tag- und Nachtstunde unter der Dauerbedrohung einer Vernichtung durch fanatisierte iranische Kreuzzügler leben zu müssen?

Die iranische Führung gibt sich einem fundamentalistischen Wahn hin, materialisiert diesen in einem funktionsuntauglichen (sehr weltlich machtbesessenen) „Gottesstaat“ und in einer völlig unverantwortlichen politischer Rhetorik, akzeptiert keine bindenden Verpflichtungen außerhalb des selber definierten djihadistischen Rahmens und findet ihren inneren „Kitt“ (Horkheimer) in Hass und Aggressivität nach innen und außen. Darf dem unreifen „Gefasel“ (wie Joffe es zu recht nennt), dem Gutdünken und „Vorsehungsdenken“ solcher Spieler das Wohl des Staates Israel und seiner Bevölkerung ausgesetzt werden?

Zweite Frage:

Wie verlässlich sind die westliche und besonders die europäische Haltung? Joffe drückt Zuversicht aus. Wer z.B. jetzt auf Berlin schaut, wird diese Zuversicht teilen. Noch vor einem halben Jahr lagen die Dinge anders. Die Zuversicht in eine transatlantisch und innereuropäisch einvernehmliche Haltung und Handlungsfähigkeit tendierte gegen null. Nur ganz knapp gelang es in der Bundestagswahl, die Vertreter und Verursacher der jahrelangen innen- und außenpolitischen *Nullrunde* abzuwählen. Es kann auch wieder ein Rückschlag kommen! Mit (stabiler) Verlässlichkeit ist also nicht automatisch in unserer oder der Politik anderer Länder Europas oder des Westens zu rechnen – nicht gerade beruhigend für das von Herrn Joffe erwähnte Tel Aviv (wie er sicher auch einräumen würde).

Sowie sich die westliche und innereuropäische Politik derart auseinander dividieren ließe, wie es Schröder/Fischer (aus multipolarem Illusionismus) teils aktiv betrieben haben, teils in Kauf nahmen, wäre jede zielführende Außenwirkung auf die iranische Politik sofort infrage gestellt und zunichte gemacht.

Besonders die vielstimmige europäische Politik (soweit dies ein Zeichen pluralistischer Verhältnisse ist, ist dies gut, soweit es aber ein Zeichen mangelnder Koordinierungsbereitschaft ist, ist es schlecht) oder die immer wieder hervortretende provinzielle eurozentrische Sicht und nationale Profilierungssucht (deutlich u.a. an gaullistischen oder rotgrünen lächerlichen Sonderwegen) werden das internationale Umfeld allenfalls negativ beeindrucken können und so die Außenwirkung minimieren.

Beide oben gestellte Fragen zeigen, dass es *materieller* diplomatischer Bemühungen (sprich *wirksamer*, statt nur *rhetorischer* Maßnahmen) bedarf, vor allem aber einer substanziellen Übereinstimmung der politischen Bemühungen auf westlicher Seite. Putin wird im Gespräch mit Frau Merkel bemerkt haben, dass ihr genau dies felsenfest angelegen ist und sein wird. Es bereitete ihm offensichtliche Mühe und könnte ihn daran erinnert haben, dass im „Gemeinsamen Haus Europas“ nur für Demokratien Platz ist.

Anbahnung einer iranischen Tragödie

Von hoher analytischer Qualität sind die kritischen Beurteilungen, die der Iraner Abbas Abdi zur Situation im Iran vorbringt. Michael Slackman fasste Kommentare Abdis in einem Beitrag für die *New York Times* (29.4.06) zusammen. Abdi gehörte 1979 zu den Besetzern der ameri-

kanischen Botschaft, wendete sich später vom Regime ab und stritt für Reformen, wurde 2003 auf der Basis falscher Anschuldigungen zu einer 5-jährigen Haftstrafe verurteilt, die aber 2005 kassiert worden war, so dass er wieder frei kam. Er spricht nicht für eine Organisation oder Gruppe, sondern äußert sich als autonomer Intellektueller, der die „religiöse“ und politische Ideologie durchblickt und zurückweist. Abdi lebt und arbeitet im Iran, und der günstige Umstand seines Bekanntheitsgrades mag vielleicht helfen, dass es nicht erneut zu seiner Verhaftung kommt – durch ein Regime, das er als „nicht revolutionär, sondern despotisch“ bezeichnet. [s. Wiedergabe des NYT-Artikels im Anhang, S. 13/15]

Abdi sieht in der derzeitigen inneren Lage des Iran eine zumindest entfernte Parallele zur Endphase der Sowjetunion. „*Das gegenwärtige System im Iran ist nicht flexibel und funktioniert nicht mehr.*“ Das Land stehe vor einem „*sozialen Kollaps*“. Eine Reformbewegung sei „*nicht existent*“. Sie sei während der Zeit der Regierungsverantwortung ohne Konzept und Kraft aufgetreten und „*nicht bereit gewesen, einen Preis zu bezahlen*“. Dies entspricht in der Tat dem Bild, dass man von der abgewählten Regierung Khatami zunehmend bekam, in der westlichen Beobachterrolle nicht anders, als in der Betroffenenrolle aufseiten der iranischen Bevölkerung. Der Wähler wandte sich schließlich enttäuscht ab. Umfangreiche Manipulation bewirkte ein Übriges.

In der Beurteilung Abdis steuert Teheran auf den Konflikt mit seinen internationalen Gegenspielern geradewegs zu: „***Die Ära Ahmadinedschads wird wie eine Tragödie in unserer Geschichte sein.***“ Die sprudelnden Gewinne aus dem derzeit guten Öl-Geschäft trügen letztlich dazu bei, weil sie die Führung einerseits in ihrer Politik alimentieren und andererseits zur Selbstüberschätzung verleiten. Vgl. weitergehende Ausführungen in „*Iran: Programmierter head crash? Mit Kalkül vor die Wand*“ (auch unter dem Gesichtspunkt der Parallele zum Verhalten des Baath-Regimes im Irak – was die Wirkung des Öl-Reichtums als Grundlage politischer Fehleinschätzungen angeht).

In der Frage des Konflikts um die Atompolitik Teherans vertritt Abdi die Auffassung, dass ein Triumph der Teheraner Politik das Regime nach Innen auf Jahre stärken und die vorhandenen anti-amerikanischen und anti-westlichen Haltungen in breiten Bevölkerungsteilen im Mittleren Osten weiter hervorbrechen lassen würde und dem Regime bzw. Iran sozusagen die Aura und Eigenschaft als regionale *Schutzmacht* gäbe. Für die Stabilisierung der Macht im Innern und den Ausbau der Vormachtstellung nach außen – Mittlerer Osten bis Ostafrika – würden die Öl-Milliarden die Finanzierungsbasis liefern. „Wenn es dem Iran gelingt, sein Atomprojekt durchzuziehen, wird man dort nicht stehen bleiben [sondern] der Fundamentalismus in der Region wird wachsen“, soweit die Einschätzung Abdis.

Fazit: Handeln und Verhandeln

„*Regime-Change*“ kann nicht das Ziel einer gemeinsamen Politik des Westens gegenüber dem Iran sein. Es mag als *Fernziel* dahinterstehen, aber hat für die operative Politik keine Bedeutung. Die innere Verfasstheit des iranischen Staates ist Sache der Iraner. Solange der Mullahstaat keine *wachsende und akute* Gefahr für sein internationales Umfeld ist und die Verantwortlichen sich bereit zeigen, sich zu mäßigen und ihr Atomprogramm hinlänglicher internationalen Kontrolle zu unterwerfen, wird es schwer sein, ein Recht zu begründen, ihn äußeren Sanktionen oder Angriffen auszusetzen!

Man wird Josef Joffe in der Aussage zustimmen können, es gehe um die „*Botschaft: Nicht ihren Glauben mögen die Revolutionäre ändern, sondern ihr Gebaren. Mithin das vierte Element der Eindämmung: die Entspannung, die Iran stets die Rückkehr in die Gemeinschaft der Nationen offen hält – im quid pro quo.*“ [1]

Der „Gottesstaat“ oder genauer gesagt Mullah-Staat (die Mullahs scheinen beides ein wenig zu verwechseln) wird sich *entweder* – was wenig wahrscheinlich ist – als funktionstauglich erweisen, *oder aber* seine Grenzen und sein Versagen als Organisationsmodell der Gesellschaft führen dazu, dass ein Veränderungswille in der Gesellschaft stärker wird und sich ggf. durchsetzen kann. Diese Negativerfahrung wird aber die Voraussetzung bilden müssen. Mit dieser Aussage ist freilich nicht die Vorstellung eines sozialen oder politischen Automatismus verbunden, den es nicht gibt! Ein äußerer Eingriff im Sinne des *Regime-Change* wäre in jedem Fall im Westen nicht konsensfähig.

Ein möglichst breiter Konsens (Geschlossenheit im Handeln) ist andererseits unverzichtbar, um Wirkung zu erzielen. **Konsens wird desto notwendiger, je einschneidender die eventuell zu ergreifenden Maßnahmen sind.** Der „Konsens“ würde aber schnell brüchig, wenn er nicht von Entschlossenheit getragen wäre; diese wiederum kann sich nur aus einem berechtigten Interesse und einem Verhandlungsangebot ergeben, bei dem das „quid pro quo“ ausgewogen erscheinen. **Die Merkelsche Formel „Entschlossenheit in Geschlossenheit“ setzt somit ein vor der Öffentlichkeit begründbares (vertretbares – berechtigtes) Angebot und Entgegenkommen voraus. Dazu soll nachfolgend ein Vorschlag skizziert werden.**

Die zuvor geführten Überlegungen schließen nicht aus, dass die internationale Gemeinschaft notfalls und in letzter Konsequenz militärische Mittel einsetzt, die verhindern, dass der Iran die Fähigkeit zum Bau von A-Waffen erwirbt. **Alle Optionen werden leider „auf dem Tisch“ bleiben müssen.**

Verhandlungsvorschlag

Der Iran hat – wie jedes Land – legitime Sicherheitsinteressen. Dieser Anspruch kann sich auf seine Versorgungssicherheit oder wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit genauso beziehen wie auf den Schutz seiner Grenzen und seines Territoriums. Sein berechtigtes Sicherheitsinteresse wird nicht bezweifelt, andererseits kann aber nicht verkannt werden, dass seine Atompolitik Voraussetzungen für *mögliche* Aggressionshandlungen schafft, die z.B. in der Vernichtung Israels bestehen könnten. Ebenso wäre eine Drohpolitik gegenüber den Golfanrainern und den Öl-Routen (und eine Vielzahl weiterer Szenarien) nicht nur möglich, sondern auch sehr wahrscheinlich.

Die Strategie gegenüber dem Iran könnte sein, dessen Status *anders* als durch Erreichen des Atomstatus *aufzuwerten*, mit anderen Worten, den Sicherheits- und Geltungsbedürfnissen Teherans sichtbar entgegenzukommen und sie ausgewogen zu berücksichtigen, dies jedoch als klare *Alternative zum Atommachtstatus*. Bisher hat die westliche Diplomatie eher versucht, Kooperation und wirtschaftliche Vorteile als Verhandlungsgegenstände ins Spiel zu bringen, der Kern der Auseinandersetzung liegt aber bei den Sicherheitsaspekten und dem Anspruch Teherans auf eine regionale Vormachtrolle. Wenn das westliche Verhandlungsangebot auf diese Kernanliegen bezogen und dabei konstruktiv und weitsichtig angelegt ist, wird auch mit Nachdruck verhandelt werden können. Sollten die Bemühungen scheitern, wird man der allzeit kritischen eigenen Öffentlichkeit vermitteln können, dass nun auch die Konsequenzen gemeinsam zu tragen sind.

In „*Gerechte und zukunftsgerichte UN-Sitzverteilung*“ [2] habe ich einen Vorschlag dargestellt, der als Teil eines größeren Themenzusammenhangs (neue Sicherheitsstruktur und deren Abbildung auf der UN-Ebene) unter anderem auf die Situation des Iran Bezug nimmt. Vgl. ergänzend die Erläuterungen in: „*Das Prinzip der Regionalverantwortung*“, 2005. [3] Die Ausführungen stehen im Themenkontext einer möglichen künftigen UN-Sicherheitsratsreform und schließen Überlegungen ein, wie iranische Geltungs- und Sicherheitsbedürfnisse berücksichtigt werden könnten. Der Vorschlag könnte für die iranische Seite – vor allem aus Sicht der *moderateren* Kräfte – attraktiv sein. [4]

Mit dem Vorschlag ist ein „Geben und Nehmen“ angesprochen, das für alle beteiligten Seiten sicher höchst schwierig wäre und ihnen abverlangen würde, sich auf wesentliche Weichenstellungen einzulassen, andererseits sind m.E. einige Kriterien erfüllt, die den Verhandlungsprozess aussichtsreich machen könnten, das sind: *Ausgewogenheit des Verhandlungsdispositivs* und *Zukunftsbezogenheit der Lösungssuche*. [4]

Der Vorschlag diskutiert die Möglichkeit, Geltungs- und Sicherheitsinteressen des Iran aufzugreifen, indem als Teil der Bemühungen um die Reform des UN-Sicherheitsrats für den Iran ein „akzentuierter“ oder repräsentativer regionaler Status in Aussicht gestellt wird, der das Land andererseits aber *in die Pflicht nehmen könnte (und müsste)*, sich in seiner Atompolitik einschränkenden Vorschriften zu unterwerfen.

Der Einwand gegen den Vorschlag (wie er in „*Gerechte und zukunftsgerechte UN-Sitzverteilung*“ ausgeführt ist) könnte sein, dass dies bestenfalls eine Art „Grand Strategy“ sei, die viel zu weit ausgreift, um bei aktuell drängenden Fragen der Außenpolitik irgendwie relevant sein zu können. Die Dynamik der internationalen Beziehungen hat sich jedoch innerhalb nur weniger Jahrzehnte derart beschleunigt, wie es die praktische Politik bei keinem der nationalen Akteure – „in keiner der Hauptstädte der wichtigen Mitspieler“ – vorhergesehen hat, und das „Revirement“ in der Welt (siehe der Aufstieg Chinas, Indiens, evtl. Brasiliens einerseits, die Relativierung der Stellung Europas andererseits) und der dominierende Konflikt mit dem islamischen Krisengürtel, der den Schritt in die Moderne verweigert, ist so viel schneller, unerwarteter und brachialer eingetreten, dass der Verweis auf die Irrelevanz eines „vorgreifenden Konzeptes“, wie es in „*Gerechte und zukunftsgerechte UN-Sitzverteilung*“ ausgeführt ist, nicht automatisch berechtigt erscheint. [3]

Noch wichtiger ist aber Folgendes: Die vorgetragenen (nur umrisshaften) Überlegungen verlagern den Fokus auf *vertretbare* – berechnete/defensive – *Sicherheitsinteressen*. Offeriert wird eine adäquate Kompensation zum (nicht hinnehmbaren) Atommachtstatus für den Iran. Würde Teheran eine solche Linie völlig verweigern, so würde damit zugleich auch die Zielsetzung der Fundamentalisten (sprich der Religionsführer im „Wächterrat“ und der „Revolutionführer“ in der Regierung) offensichtlich, dass eher aggressive Absichten die Teheraner Politik motivieren – statt legitimer, verständlicher Sicherheitsinteressen. Dies freilich wäre auch für eine kritische westliche und Weltöffentlichkeit nicht guten Gewissens hinnehmbar. Das eigene Verhandlungsdispositiv wäre gestärkt und die Erfolgchancen für die Diplomatie könnten möglicherweise wachsen.

[1] J. Joffe: *Öl, Schweiß und Reden*, DIE ZEIT 27.4.06, www.zeit.de/2006/18/01_leit_1_18

[2] F. Peter, *Gerechte...* (22 S.), www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf

[3] F. Peter, *Prinzip der...* (12 S.), www.wadinet.de/news/dokus/140_Prinzip-der-regionalen-Verantwortung.pdf (eine Korrespondenz zum Themenkreis *Politische Vision und UN-Reform*)

[4] Peter, *Es fehlt die Militanz der Moderaten*, 4/06, www.wadinet.de/news/dokus/140_Es-fehlt-die-Militanz-der-Moderaten.pdf (S. 14f. „*Aspekte im iranischen Reaktionsmuster*“ u.a.)

Wiedergabe des Beitrags v. Dennis Ross, *Washington Post* (1.5.06, A19)

A New Strategy on Iran

The United States and Iran are playing programmed roles in a minuet on nuclear weapons. The United States pushes the U.N. Security Council to warn Iran about the consequences of going nuclear. And Iran continues its march toward development of nuclear power, even as its president declares that "we don't give a damn" about U.N. resolutions calling on Iran to suspend its uranium enrichment.

With the Russians and Chinese seemingly determined to block sanctions, our efforts at the United Nations promise to evolve slowly while Iran presses ahead with its plans. If we stay on the same path, we will be left with two choices: accept the reality of Iran's nuclear weapons capability or take military action to set back its ambitions.

Either outcome could prove disastrous. If Iran succeeds, in all likelihood we will face a nuclear Middle East. The Saudis – fearing an emboldened Iran determined to coerce others and to promote Shiite subversion in the Arabian Peninsula – will seek their own nuclear capability, and probably already have a deal with Pakistan to provide it should Iran pose this kind of threat. And don't expect Egypt to be content with Saudi Arabia's being the only Arab country with a nuclear "deterrent."

As for those who think that the nuclear deterrent rules that governed relations between the United States and the Soviet Union during the Cold War will also apply in a nuclear Middle East: Don't be so confident. For one thing, the possible number of nuclear countries will drive up the potential for miscalculation. For another, with an Iranian president who sees himself as an instrument for accelerating the coming of the 12th Imam – which is preceded in the mythology by the equivalent of Armageddon – one should not take comfort in thinking that Iran will act responsibly.

But the alternative of using force to prevent or forestall the Iranians' going nuclear does not look much better. To begin with, there are no simple or clean military options. Air operations alone might involve striking hundreds of targets, many in populated areas where there are significant air defense capabilities in the process of being upgraded by the Russians. The more casualties we inflict, the more we inflame the Islamic world.

Perhaps we could manage the response if the military campaign inflicted relatively few casualties and succeeded in setting back the Iranian nuclear program. But such a rosy scenario assumes that Iran's ability to retaliate is relatively limited. Even if we have the means to prevent the Iranian navy and air force from shutting down shipping into and out of the Persian Gulf, Iran has other options for turning any effort to take out its nuclear capability into a wider war.

The Iranians can foment far greater numbers of insurgent attacks against our forces in Iraq – literally trying to set the earth on fire under our feet. To cut off the support for such attacks we could be driven to act militarily across the border into Iran on the ground. Perhaps Iran would realize

that an escalating conflict with the United States is too dangerous, but after underestimating the risks we encountered in Iraq, can we be so confident about what the Iranians might do?

If neither outcome that our current policy is likely to produce is acceptable, should we not look for another pathway? Of course, but the challenge remains one of changing the Iranian calculus. Iran must see that it either loses more than it gains by proceeding to move toward nuclear weapons or that it can gain more by giving up the effort. The problem with the current policy is that it threatens costs that either aren't believable or are likely to pale in comparison with what the Iranians see themselves gaining with nuclear power.

But what if we could threaten collective sanctions that the Iranians would see as biting? What if those were combined with possible gains in terms of a deal on nuclear energy, economic benefits and security understandings if the Iranians would give up the nuclear program?

While one can argue that the Europeans were trying to negotiate something like this with the Iranians, they were never able to put together a package of credible sanctions and inducements, because the United States was not really a part of the effort. True, this country has coordinated with the British, French and Germans in the Bush second term. But a serious effort at raising the costs to the Iranians and offering possible gains has never been put together.

Why not now? Why not have the president go to his British, French and German counterparts and say: We will join you at the table with the Iranians, but first let us agree on an extensive set of meaningful – not marginal – economic and political sanctions that we will impose if the negotiations fail. Any such agreement would also need to entail an understanding of what would constitute failure in the talks and the trigger for the sanctions.

The Europeans have always wanted the Americans at the table. Agreeing on the sanctions in advance would be the price for getting us there. To be sure, the United States would focus as well on what could be provided to the Iranians, but the benefits have always been easier to agree on, particularly since meaningful sanctions will also impose a price on us. Real economic sanctions would not just bite Iran and its ability to generate revenue but also would undoubtedly drive up the price of oil. Our readiness to accept that risk at a time when high gasoline prices are becoming a domestic political issue would convey a very different signal about our seriousness to the Iranians – who presently don't fear sanctions because they think they have the world over a barrel.

There is no guarantee such an approach will work with Iran. This Iranian government may simply be determined to have nuclear weapons. If that is the case, and if President Bush is determined to prevent Iran from gaining nuclear weapons – as he has said – we would still be better off having tried a direct negotiating option before resorting to what inevitably will be a difficult, messy use of force once again.

The writer was director for policy planning in the State Department under President George H.W. Bush and special Middle East coordinator under President Bill Clinton. He is counselor of the Washington Institute for Near East Policy.

Wiedergabe des Beitrags v. M. Slackman in: NYT, 29.04.06

Hostage-Taker, Reformer, Pessimist: An Iranian Life

By [MICHAEL SLACKMAN](#)

Tehran

WHEN he was a young man, Abbas Abdi thought the shah of [Iran](#) had to be overthrown and the United States needed to be punished for supporting the government. So he helped plan and stage the takeover of the United States Embassy and the seizure of 52 Americans, who were held hostage for 444 days.

Many years later, he thought the Iranian government needed to be more responsive to the people, so he helped to create the reform movement, which twice elected a president, [Mohammad Khatami](#), and fostered hope of greater social and political freedoms.

Now, as Tehran and the West battle over Iran's nuclear program, and ideological conservatives control every branch of government, Mr. Abdi said he saw a country intoxicated by oil wealth and headed toward "social collapse." Both of his historic ventures — helping to form the Islamic Republic of Iran, and helping to develop the reform movement — are, by his own assessment, either finished or hurtling toward oblivion.

"The situation is now more like the situation in the Soviet Union before the fall of Communism," he said of the government. "The current system in Iran is not flexible and is not functioning anymore."

Of the reform movement, he said, "It doesn't exist."

As much as anybody's life, Mr. Abdi's biography traces the evolution of the Islamic Republic of Iran. He rode the wave of the revolution: as a leader of the student group that seized the embassy; as an official in the early government; as a reformist writer challenging what he saw as a system grown corrupt and disconnected from the people; as an optimist, pushing for democratization; and then as a prisoner, punished and jailed by those who saw his personal evolution as a challenge and a threat.

Mr. Abdi is in a lonely place now, opposed to those holding power and sharply critical of those who led the reform movement. He said the reformers had failed not because their goals were wrong, but because they were too passive. "They did not want to pay a price," he said.

The man whose ideas once served as a barometer of change in Iranian society today expresses cynicism, disgust and concern. "Ahmadinejad's era will become like a tragedy

in our history," he said of the president, Mahmoud Ahmadinejad, a characterization certain to further alienate — and even antagonize — Iran's leaders.

In 2003, Mr. Abdi was sentenced to five years in prison for work he had done running a polling outfit in Iran, and for conducting surveys in cooperation with an American firm. He was released in May 2005, after Iran's Supreme Court threw out charges of espionage. Since his release, he has slowly begun to emerge from a silence that seemed less a result of intimidation than of confusion about what comes next.

He says he is still not sure. Asked what his prescription would be to resurrect the reform movement, he said flatly, "Nothing."

HE spends his days in a small office in Tehran, a sparse garden-level room with a desk and some bookshelves, where he has resumed writing articles that challenge the system. Mr. Abdi, a trained engineer and self-taught sociologist, has a didactic style, thick ideas linked together to lead the reader to a conclusion, which may be a safer approach in Iran than merely saying what one means.

In one recent article, for example, Mr. Abdi argued that the legitimacy of the government rested in its being elected by the people — not in its being religious. It is an idea that cuts right to the heart of the Islamic Republic's theocratic system, with a supreme leader and religious officials whose authority supersedes all elected institutions.

Mr. Abdi is 56 years old, of medium height and medium build, with perpetual two-day-old stubble on his face and the aviator-style glasses popular among Iranian men of his generation. His low voice and earnest chuckle belie a man who continues to offer no apologies for helping to storm the American Embassy in 1979.

In a 1997 meeting in Paris with one of the American hostages, Barry Rosen, he rationalized how the events that occurred were meant to occur and that, in the end, proved a positive influence on the world. He and Mr. Rosen, he said, were effectively pawns in a war between countries and systems, and therefore holding Mr. Rosen prisoner was never "personal."

Mr. Abdi has become an unlikely and in many ways a lone voice in the world, saying the United States has far more moral authority today than it did back in 1979. He seems to respect, even like, his old nemesis, and finds room occasionally to compliment Washington. He even pointed to Iraq, saying that the United States had at least tried to build democratic institutions.

"Just compare America's interference in Kosovo with its interference in Vietnam," he said. "America has changed its policies. Back then it supported dictatorial regimes. But now, for example, it is putting pressure on the Saudis, on Egypt, and calling for change."

And why is America, in his view, promoting democracy over dictatorship?

"I think one reason behind the change is the occupation of the American Embassy," he said. "It gave them a shock to re-examine what they have done. We paid for it, we paid a dear price for it, but others have benefited."

IN the nuclear struggle between Iran and the West, which has reached a fever pitch recently, Mr. Abdi said he also saw far broader implications. Many people in the region have become radicalized, he said, particularly Sunnis, because of the occupation of Iraq.

Because they see their governments as being too close to Washington, they are looking more and more to Iran as a regional leader, he said. Should Iran be able to advance its nuclear program in spite of Western protests, he said, that victory will empower the government and, coupled with billions in oil revenue, stabilize its base of support for many years to come.

"If Iran manages to go into this nuclear program, it will not end here," Mr. Abdi said. "Fundamentalism will grow in the region."

Perhaps most ominously, he predicted that neither side would back down.

"There will be a conflict," he said.

Given his current assessment of the state of affairs in Iran, Mr. Abdi was asked if he had any regrets about his support for the revolution, or taking over the embassy. He said that as young people, and revolutionaries, their aim was to overthrow the government. It was still a worthy goal, he added. But beyond that, they had no idea really what system they wanted to replace the shah with.

"This is not the revolution," he said of the current leadership in the country. "I don't call it the revolution just because they call it the revolution. It is despotism. No despot admits he is one. They usually claim they are democrats."

Zwei aktuelle Lesehinweise:

„*Die Bombe verhindern*“, Interview mit dem amer. Geheimdiensthistoriker Jeffrey Richelson in: ZEIT online, 04/2006, 25.4.06, vgl. insbes. den letzten Teil des Interviews, Web-Adresse: <http://www.zeit.de/online/2006/17/atomspionage>

„*Die Iraner sind kein Militärvolk*“, Interview mit dem brit. Militärhistoriker John Keegan in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.4.06, vgl. Passagen zum Thema Iran, Web-Adresse: <http://www.faz.net/s/RubEE30E8A04F834547B14888425CB9364F/Doc~ECC43DEB2F3CC4E0B88B62E5583913774~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Der vorliegende Text „*Ein Vorschlag zum Umgang mit dem Iran*“ ist online gestellt unter www.wadinet.de/news/dokus/150_Vorschlag-zum-Umgang-mit-dem-Iran.pdf

Toleranz und Rationalität

*sind Begriffe der Aufklärung, **erkämpfte** Begriffe, die zu politischen Leitbegriffen wurden. Im fundamentalistischen Verständnis sind es systemfremde und zu **bekämpfende** Begriffe. Ohne zugelassenen politischen Wettbewerb, der gesellschaftspolitische und geistig-kulturelle Auseinandersetzung im Innern einer Gesellschaft ermöglicht, und daran fehlt es in arabisch islamischen Ländern und (erst recht) in „Gottesstaaten“ wie Iran, werden alle Instrumente („Dialog“, Wirtschaftshilfe ...) letztlich ergebnislos bleiben, sodass ein **Konflikttyp** wie in Nahost, Irak, Iran, Sudan zum **Standardfall der Beziehungen** mit diesem Teil der Welt würde. Ein „Zusammenprall“ (cultural clash) wird entgegen allen Bemühungen der Politik eintreten, **wenn es im Gesellschaftsbild der islamisch geprägten Welt keine Weiterentwicklung gibt.***